



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.0413.01

ED/P100413 (Ergänzung zu SCHR 09.2064.01)
Basel, 11. März 2010

Regierungsratsbeschluss
vom 11. März 2010

Ratschlag

**Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der
Schulen (Bildungsraum Nordwestschweiz) – Ergänzung
betreffend die Entlöhnung der unbefristet angestellten
Lehrpersonen**

1. Ausgangslage

Aufgrund der umfassenden Schulreform werden viele Lehrpersonen nicht mehr auf der Schulstufe unterrichten können, für die sie ausgebildet worden sind. Sie müssen daher freiwillig oder auf Anordnung hin auf einer tieferen Stufe unterrichten. Mit Blick auf die anstehenden Änderungen, muss die Lohnsituation geregelt werden. Im Ratschlag „Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen (Bildungsraum Nordwestschweiz) vom 16. Dezember 2009 (Nr. 09.2064.01) wurde ausgeführt, dass der Regierungsrat bezüglich der Löhne während der Umstrukturierungsphase beschlossen hatte, die Verordnung betreffend die Mischpensen vom 27. Mai 1997 (SG 164.540) (im Folgenden: Mischpensenverordnung) zu ändern (vgl. S. 47 des Ratschlags).

Damit der Grosse Rat und die Bildungs- und Kulturkommission die Bildungsraumvorlage in Kenntnis der Regelung für die Lehrpersonen beraten können, hat der Regierungsrat bereits am 2. März 2010 diese Änderung der Mischpensenverordnung beschlossen.

2. Änderung der Mischpensenverordnung

Die Verordnung betreffend Mischpensen vom 27. Mai 1997 (SG 164.540) legt fest, wie Lehrpersonen entlohnt werden sollen, die Unterricht in Bereichen erteilen, die verschiedenen Lohnklassen zugeordnet sind. Gemäss § 2 Abs. 1 der Verordnung betreffend Mischpensen sollen diese Lehrpersonen proportional zur jeweiligen Unterrichtsverpflichtung entlohnt werden. Von diesem Grundsatz gibt es aber mehrere Ausnahmen. Die wichtigste und heute noch gültige Ausnahme betrifft Lehrpersonen, die in einer Schule oder Schulstufe unterrichten und Unterricht in Fächern erteilen, die verschiedenen Lohnklassen zugeordnet sind. Diese werden gemäss § 1 Abs. 2 der Verordnung betreffend Mischpensen für alle Lektionen im höher eingereichten Bereich entschädigt, wenn sie ein Lehrpersonendiplom im höher eingereichten Bereich vorweisen können. Das betrifft heute vor allem Gymnasiallehrpersonen, die ein Oberlehrerdiplom haben und Fächer unterrichten, die unterschiedlich entlohnt werden. Ein Gymnasiallehrer beispielsweise, der Geographie und Sport unterrichtet, wird für alle Lektionen, auch für die niedriger eingereichten Sportlektionen, in der höheren Lohnklasse entschädigt. Mit dieser Regelung soll sichergestellt werden, dass die Schulleitungen bei den Pensenzuteilungen über genügend Handlungsspielräume verfügen.

Die gleichen Überlegungen sprechen auch bei der Strukturänderung aufgrund des Bildungsraums Nordwestschweiz für eine entsprechende Ausnahmeregelung. Die Projektleitung und die Schulleitungen müssen während der Übergangszeit die notwendigen Handlungsspielräume erhalten, um unabhängig von Lohn Diskussionen die Lehrpersonen in den neuen Stufen einsetzen zu können.

Es ist für das Gelingen des Projekts Bildungsraum Nordwestschweiz zentral, dass in der neuen Stufe engagierte und motivierte Lehrpersonen arbeiten. Die Lehrpersonen müssen aufgrund des Stufenwechsels bereits mehr Lektionen als vorher unterrichten, müssen das Kollegium und den Arbeitsort wechseln und sich und ihren Unterricht auf Schülerinnen und Schüler einer anderen Altersgruppe ausrichten. Darüber hinaus werden sie eine Weiterbildung besuchen müssen. Wenn mit dem Stufenwechsel zusätzlich eine Lohneinbusse verknüpft wäre, wären nur wenige Lehrpersonen bereit, freiwillig die Stufe zu wechseln. Sie müssten gegen ihren Willen vom Erziehungsdepartement versetzt werden.

Die Qualität von Schule und Unterricht ist aber in grossem Ausmass von der positiven Einstellung der Lehrpersonen zu ihrer Arbeit, zur Schule und zu den Lernenden abhängig. Weil mehrere hundert Lehrpersonen von der Massnahme betroffen wären, könnte in den betroffenen Schulen die Qualität beeinträchtigt werden.

Beschluss des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat deshalb am 2. März 2010 beschlossen, die Mischpensenverordnung mit dem folgenden § 4a zu ergänzen:

„Übergangsregelung für die Schuljahre 2011/12 bis 2020/21

§ 4a. Unbefristet angestellte Lehrpersonen, die aufgrund der grundlegenden Strukturänderung des Bildungssystems (Aufhebung der Orientierungs- und Weiterbildungsschule) in einer Schulstufe mit tiefer eingereichten Stellen unterrichten, werden für die an dieser Stufe unterrichteten Lektionen während der Schuljahre 2011/12 bis und mit 2020/21 in der höheren Lohnklasse entlohnt.“

Diese Formulierung entspricht der im Ratschlag zum Bildungsraum vorgesehenen Regelung. Wie im Ratschlag ausgeführt, bedeutet das, dass beispielsweise OS- und WBS-Lehrpersonen, die auf der neuen Primarstufe eingesetzt werden, oder Gymnasiallehrpersonen, die in der neuen Sekundarstufe eingesetzt werden, während der Strukturänderung weiterhin in der höheren OS/WBS- bzw. Gymnasial-Lohnklasse entlohnt werden.

Die Strukturänderung des Bildungssystems beginnt mit dem Frühfranzösisch in der Primarschule ab Schuljahr 2011/12. Ab diesem Zeitpunkt sollen OS- oder WBS-Französischlehrpersonen auf der Primarstufe eingesetzt werden.

Zustimmungsvorbehalt

Diese Ergänzung der Mischpensenverordnung des Regierungsrats steht unter dem Vorbehalt, dass der Grosse Rat und im Falle eines Referendums die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Änderung des Schulgesetzes zur gesamtschweizerischen und regionalen Harmonisierung der Schulen zustimmen.

3. Delegationsbestimmung im Schulgesetz

Da es sich um eine für das Projekt und die Lehrpersonen zentrale Regelung handelt, hat der Regierungsrat die Ergänzung der Mischpensenverordnung unter dem weiteren Vorbehalt beschlossen, dass der Grosse Rat eine entsprechende Delegationsnorm verabschiedet. Mit dem vorliegenden ergänzenden Ratschlag beantragen wir deshalb, dass der Grosse Rat den Regierungsrat über das Schulgesetz beauftragt festzulegen, wie die unbefristet angestellten Lehrpersonen entlohnt werden, die wegen der grundlegenden Strukturänderung des Bildungssystems in einer Schulstufe mit tiefer eingereichten Stellen unterrichten.

4. Keine finanziellen Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen der Änderung der Mischpensenverordnung sind bereits im Ratschlag „Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen (Bildungsraum Nordwestschweiz)“ ausgewiesen und vom Finanzdepartement geprüft worden. Die vorliegend beantragte Delegationsbestimmung durch den Grossen Rat führt zu keinen weiteren Mehr- oder Minderausgaben.

5. Antrag

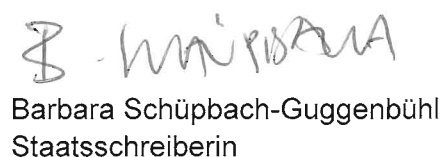
Das Finanzdepartement hat den vorliegenden Ratschlag gemäss § 55 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz) vom 16. April 1997 überprüft.

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat die Annahme des nachstehenden Beschlussentwurfes.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilagen:

- Synoptische Darstellung der Änderung des Beschlussentwurfes
- Beschlussentwurf

Schulgesetz

Änderung vom

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag des Regierungsrates, beschliesst:

I.

Das Schulgesetz vom 4. April 1929 wird wie folgt geändert:

In § 1 werden die Worte „Kindergärten und“ aufgehoben.

§ 2 erhält folgende neue Fassung:

§ 2. Es bestehen folgende staatliche Schulen und Kurse:

1. Die Volksschule
 - a) Schulen der Primarstufe, 1.-8. Schuljahr
 - b) Sekundarschulen, 9.-11. Schuljahr
 - c) Schulen für Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf, die separativ geschult werden (Sonderschulen)
2. Die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen:
 - a) die Schule für Brückenangebote, 12. Schuljahr
 - b) die Gymnasien, 12.-15. Schuljahr
 - c) die Handelsmittelschule, 12.-14. Schuljahr
 - d) die Fachmaturitätsschule, 12.-14. Schuljahr
3. Die weiterführenden berufsbildenden Schulen und höheren Fachschulen
 - a) die Allgemeine Gewerbeschule Basel, ab dem 12. Schuljahr
 - b) die Berufsfachschule Basel, ab dem 12. Schuljahr
 - c) die Schule für Gestaltung Basel, ab dem 12. Schuljahr
 - d) das Bildungszentrum Gesundheit Basel
4. Kurse für die allgemeine und berufliche Weiterbildung

Es werden die folgenden neuen §§ 2a und 3b eingefügt:

§ 2a. In den Gemeinden Bettingen und Riehen werden die Schulen der Primarstufe von den Einwohnergemeinden betrieben.

² Der Kanton erbringt zentrale Dienstleistungen auch gegenüber den kommunalen Schulen.

³ Die Gemeindebehörden erlassen die näheren Bestimmungen über Organisation und Betrieb der kommunalen Schulen, bestimmen Zusammensetzung und Aufgaben der Schulräte und regeln das Rekursverfahren.

§ 3b. Die Volksschule vermittelt den Schülerinnen und Schülern die Kenntnisse und Fähigkeiten, die für ein erfolgreiches Leben in der Gesellschaft und in der Berufswelt notwendig sind. Sie unterstützt gleichzeitig die Schülerinnen und Schüler dabei, ihre persönliche Identität in der Gesellschaft zu finden und die Fähigkeit zu entwickeln, ein Leben lang zu lernen sowie gegenüber sich selbst, den Mitmenschen und der Umwelt verantwortungsvoll zu handeln.

Titel A. und § 4 samt Titel erhalten folgende neue Fassung:

A. Die Schulen der Primarstufe

Ziel

§ 4. Die Schulen der Primarstufe vermitteln den Schülerinnen und Schülern die grundlegenden Kulturtechniken. Sie unterstützen die Entwicklung der Persönlichkeit und der Gemeinschaftsfähigkeit ihrer Schülerinnen und Schüler.

§ 4a wird aufgehoben.

§ 5 samt Titel erhält folgende neue Fassung:

Angebot und Dauer

§ 5. Die Primarstufe besteht aus dem Kindergarten und der Primarschule.

² Der Kindergarten dauert zwei Jahre, die Primarschule sechs Jahre.

§§ 6-8, 11-25 und 29-30 werden aufgehoben.

Titel F. und §§ 31-32 samt Titel erhalten folgende neue Fassung:

*F. Die Sekundarschule**Ziel*

§ 31. Die Sekundarschule setzt die allgemeine Bildung der Schülerinnen und Schüler fort und vertieft und differenziert sie. Sie fördert die Entwicklung und die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und Neigungen der Schülerinnen und Schüler und fördert ihre Gemeinschaftsfähigkeit. Sie orientiert über Berufe und Bildungsgänge, unterstützt die Schülerinnen und Schüler bei ihrer Wahl und bereitet sie auf den Übertritt in Berufslehre und weiterführende Schulen vor.

Angebot und Dauer

§ 32. Die Sekundarschule wird in drei kooperativen Leistungszügen geführt:

- a) A-Zug mit allgemeinen Anforderungen
- b) E-Zug mit erweiterten Anforderungen
- c) P-Zug mit hohen Anforderungen

² Die Leistungszüge werden so aufeinander abgestimmt, dass ein einfacher Übertritt von einem Leistungszug in einen anderen möglich ist.

³ Die Einteilung in einen Leistungszug gemäss Absatz 1 ist nicht massgebend für die Berechtigung für den Eintritt in eine weiterführende Schule.

⁴ Die Sekundarschule dauert drei Jahre.

§ 33 wird aufgehoben.

In Titel G. vor § 34 werden die Worte „Weiterbildungsschule und die“ aufgehoben.

§§ 34 und 36 werden aufgehoben.

In § 37 werden in Abs. 1 das Wort „Orientierungsschule“ durch das Wort „Sekundarschule“ und in Abs. 2 das Wort „fünf“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

§ 40 wird aufgehoben.

In §§ 41 und 42 werden jeweils das Wort „Orientierungsschule“ durch das Wort „Sekundarschule“ ersetzt.

§ 52 erhält folgende neue Fassung:

§ 52. Die Organisation der Allgemeinen Gewerbeschule Basel, der Berufsfachschule Basel, der Schule für Gestaltung Basel und des Bildungszentrums Gesundheit Basel wird durch besondere Erlasse geregelt.

§§ 55 und 56 sowie § 57 samt Titel erhalten folgende neue Fassung:

§ 55. Alle Kinder und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton unterstehen der Schulpflicht.

§ 56. Mit dem Beginn jedes Schuljahres werden die Kinder schulpflichtig, die bis zum vorangegangenen 31. Juli das fünfte Altersjahr begonnen haben.

² Kinder, die zwischen dem 1. August und dem 31. Januar das fünfte Altersjahr beginnen und deren Entwicklungsstand den Anforderungen des Kindergartens entspricht, können vorzeitig in den Kindergarten aufgenommen werden.

³ Bei Kindern, deren Entwicklungsstand bei Beginn der Schulpflicht noch nicht den Anforderungen des Kindergartens entspricht, kann die Aufnahme in den Kindergarten hinausgeschoben werden.

⁴ Die Schulleitung entscheidet auf das Gesuch der Erziehungsberechtigten und aufgrund einer Empfehlung der zuständigen Abklärungsstelle.

⁵ Die Schulpflicht dauert bis zum erfolgreichen Abschluss der Volksschule, längstens jedoch bis zur Vollendung des 16. Altersjahres.

Überspringen eines Schuljahres

§ 57. Besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler können ein Schuljahr überspringen. In Einzelfällen können sie auch während des Schuljahres in eine nächsthöhere Klasse oder Schulstufe wechseln.

² Die Schulleitung entscheidet aufgrund einer Empfehlung des Lehrpersonenteams und im Einverständnis mit den Erziehungsberechtigten.

³ Bei einem Stufenwechsel ist die Schulleitung der aufnehmenden Schule zuständig.

Es werden die folgenden neuen §§ 57a-57d samt Titel eingefügt:

Wiederholen eines Schuljahres

§ 57a. In der Volksschule ist die Wiederholung eines Schuljahres nur möglich, wenn es für den Schulerfolg der Schülerin oder des Schülers förderlich ist.

² Die Schulleitung entscheidet aufgrund einer Empfehlung des Lehrpersonenteams und nach Anhörung der Erziehungsberechtigten.

Übertrittsentscheide

§ 57b. Das Lehrpersonenteam trifft aufgrund vorgegebener Kriterien den Vorentscheid, in welchen Leistungszug der Sekundarschule oder in welche weiterführende Schule die Schülerin oder der Schüler übertreten kann.

² Ein Mitglied des Lehrpersonenteams bespricht diesen Vorentscheid mit der Schülerin oder dem Schüler und den Erziehungsberechtigten.

³ Sind die Schülerin oder der Schüler und die Erziehungsberechtigten mit dem Vorentscheid einverstanden, verfügt das Lehrpersonenteam den Übertritt.

⁴ Sind die Schülerin oder der Schüler und die Erziehungsberechtigten mit dem Vorentscheid nicht einverstanden, findet ein Gespräch mit der Schulleitung statt. Nach dem Gespräch verfügt die Schulleitung den Übertritt.

⁵ Schülerinnen und Schüler, die nicht den gewünschten Übertrittsentscheid erhalten, können sich über eine freiwillige Aufnahmeprüfung qualifizieren.

Leistungstests

§ 57c. Für alle Schülerinnen und Schüler bestimmter Schuljahre werden Leistungstests durchgeführt.

² Die Leistungstests sollen Informationen über den jeweiligen Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler liefern.

³ Die Ergebnisse sind im Hinblick auf die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und auf die Weiterentwicklung des Unterrichts, der Schule und des gesamten Schulsystems auszuwerten und zu verwenden. Sie dürfen nicht zur Selektion verwendet werden.

⁴ Die individuellen Ergebnisse in der Sekundarschule sind Teil des Abschlusszertifikats (§ 57d) jeder Schülerin und jedes Schülers.

⁵ Das zuständige Departement bzw. die zuständige Stelle der Gemeinden legt die Zuständigkeiten und Zugriffsberechtigungen für die Daten fest, die bei den Leistungstests anfallen.

⁶ Gegenüber der Öffentlichkeit dürfen die Ergebnisse nur in anonymisierter Form, ohne Nennung von Schulen, Klassen oder Schülerinnen und Schüler, als statistische Auswertung des Gesamtergebnisses bekannt gemacht werden.

Abschlusszertifikat

§ 57d. Die Volksschule wird mit einem Abschlusszertifikat abgeschlossen.

§ 58 samt Titel erhält folgende neue Fassung:

Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit Aufenthalt im Kanton

§ 58. Schülerinnen und Schüler mit Aufenthalt im Kanton, die von einer staatlichen Schule in eine andere wechseln wollen, die eine Privatschule besucht haben oder privat unterrichtet wurden und in eine staatliche Schule übertreten wollen oder die neu zugezogen sind, werden von der Schulleitung aufgenommen, wenn sie die erforderlichen Leistungen und Berechtigungen vorweisen können.

² Die Schulleitung kann die Schülerin oder den Schüler provisorisch aufnehmen.

³ Die Schulleitung kann für die Aufnahme eine Aufnahmeprüfung anordnen.

⁴ Die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen sind nicht verpflichtet, Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, die aus einer anderen Schule wegen grober Verstösse oder fortgesetzter Übertretung der Disziplinarvorschriften entlassen worden sind.

§ 59 lit. a und § 60 werden aufgehoben.

§ 62 samt Titel erhält folgende neue Fassung:

Aufnahme von Schülerinnen und Schülern ohne Aufenthalt im Kanton

§ 62. Schülerinnen und Schüler, die nicht Aufenthalt im Kanton haben, können die Aufnahme in die staatlichen Schulen nicht beanspruchen. Die Schulleitung kann sie aber in die Sekundarschule, in die Maturitätsschulen, in die Fachmaturitätsschule, in die weiterführenden berufsbildenden Schulen und ausnahmsweise, wenn besondere Umstände vorliegen, in die Primarschule aufnehmen, wenn an ihrem Wohnort oder in dessen Nähe eine entsprechende Schule nicht vorhanden ist oder sonstige zwingende Gründe dafür sprechen, wenn sie die erforderlichen Leistungen und Berechtigungen vorweisen können und wenn nicht infolge ihrer Aufnahme eine Vermehrung der Klassen nötig wird.

² Die Schülerin oder der Schüler kann provisorisch aufgenommen werden.

³ Es kann eine Aufnahmeprüfung angeordnet werden.

⁴ Vorbehalten bleibt die Möglichkeit besonderer Vereinbarungen mit andern Kantonen oder Gemeinden.

Es werden die folgenden neuen §§ 63a und 63b samt Titel eingefügt:

Unterricht

§ 63a. Der Unterricht erfolgt integrativ und berücksichtigt die individuellen Bildungsbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler.

² Er basiert auf den Grundsätzen der Individualisierung und der Gemeinschaftsbildung.

³ Er wird so gestaltet, dass den Schülerinnen und Schülern grundlegende Kenntnisse und Kompetenzen gleichzeitig in fachspezifischen und in fachübergreifenden und überfachlichen Bildungsbereichen vermittelt werden.

Förderangebote

§ 63b. Im Rahmen der Regelschule werden Förderangebote bereitgestellt, die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf unterstützen und ihre individuellen Begabungen stärken.

² Der Förderbedarf wird durch das zuständige pädagogische Team der Schule festgestellt.

³ Die Schulleitung entscheidet im Rahmen der der Schule zur Verfügung gestellten Ressourcen, mit welchen Förderangeboten die Schülerinnen und Schüler unterstützt werden.

§ 64 samt Titel erhält folgende neue Fassung:

Verstärkte Massnahmen (Sonderschulung)

§ 64. Erweisen sich die Förderangebote als ungenügend, haben Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf Anrecht auf verstärkte Massnahmen bis zum vollendeten 20. Altersjahr. Diese besondere Förderung erfolgt integrativ im Rahmen der Regelschule. In begründeten Fällen kann sie auch in sonderschulischen Spezialangeboten der Volksschule, in privaten Sonderschulen und Schulen oder in anderer Weise erfolgen.

² Über Art und Umfang der verstärkten Massnahme entscheidet die Volksschulleitung bzw. die zuständige Stelle der Gemeinden auf Antrag der Schulleitung und aufgrund der Empfehlung einer Abklärungsstelle; die Volksschulleitung bzw. die zuständige Stelle der Gemeinden hört vor dem Entscheid die Erziehungsberechtigten an.

³ Die verstärkte Massnahme wird periodisch durch die Volksschulleitung bzw. die zuständige Stelle der Gemeinden überprüft.

Es wird der folgende neue § 64a samt Titel eingefügt:

Fördermassnahmen vor der Einschulung

§ 64a. Kleinkinder mit einem besonderen Förderbedarf im Hinblick auf den Kindergarten Eintritt werden durch pädagogisch-therapeutische Massnahmen unterstützt.

² Die zuständige Stelle des Erziehungsdepartements bzw. der Gemeinden entscheidet auf Antrag der Erziehungsberechtigten und aufgrund der Empfehlung einer Abklärungsstelle über Art und Umfang der Massnahme.

§§ 66 und 67a erhalten folgende neue Fassung:

§ 66. Die Schülerinnen und Schüler sind zur Teilnahme am Unterricht in allen obligatorischen Fächern verpflichtet.

² Verstärkte Massnahmen sind Teil des obligatorischen Unterrichts.

³ Eine Schülerin oder ein Schüler kann zu zusätzlichem Unterricht verpflichtet werden, wenn es für das schulische Fortkommen notwendig ist. Dabei muss der Anspruch der Schülerin oder des Schülers auf ausreichend Freizeit berücksichtigt werden.

⁴ Eine Schülerin oder ein Schüler kann zur Teilnahme an Förderangeboten verpflichtet werden, wenn es für das schulische Fortkommen notwendig ist. Die Förderangebote sind, wenn immer möglich, in den Regelunterricht zu integrieren.

⁵ Eine Schülerin oder ein Schüler kann vom Unterricht oder von einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden dispensiert werden.

⁶ Die Schulleitung entscheidet auf Antrag des Lehrpersonenteams oder auf Antrag der Erziehungsberechtigten.

§ 67a. Für die vom Kanton geführten Schulen steht jeder einzelnen Schulleitung eine bestimmte Anzahl Unterrichtslektionen zur Verfügung. Vorbehalten ist die gesonderte Finanzierung von verstärkten Massnahmen (§ 64).

² Die Gesamtzahl der Unterrichtslektionen einer Schule ist das Ergebnis der Multiplikation eines für jede Schule festgelegten Faktors mit der auf Schuljahresbeginn erwarteten Zahl ihrer Schülerinnen und Schüler.

³ Der Faktor für die Berechnung der Anzahl Unterrichtslektionen wird aufgrund der folgenden Bestimmungsgrössen festgelegt:

- a) Lehrplan
- b) Förderangebote
- c) Art und Grösse der Lerngruppen
- d) Kennzahlen, die das soziale Umfeld der Schülerinnen und Schüler beschreiben

⁴ Der Faktor für die Berechnung der Anzahl Unterrichtslektionen kann nur modifiziert werden, wenn sich eine oder mehrere Bestimmungsgrössen ändern.

⁵ Der Regierungsrat regelt, wie der Faktor festgelegt wird und unter welchen Voraussetzungen er geändert werden darf.

Es wird der folgende neue § 67b samt Titel eingefügt:

Klassengrössen

§ 67b. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler soll pro Klasse in der Regel folgende Zahl nicht übersteigen:

- a) Kindergarten 20
- b) Primarschule 25
- c) Sekundarschule
 - A-Zug mit allgemeinen Anforderungen 16
 - E-Zug mit erweiterten Anforderungen 23
 - P-Zug mit hohen Anforderungen 25
- d) Weiterführende allgemeinbildende Schulen 25

² In sonderschulischen Spezialangeboten richtet sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse oder Angebot nach dem besonderen Bildungsbedarf.

³ Der Regierungsrat legt fest, in welchen Fällen die Klassengrössen ausnahmsweise überschritten werden dürfen.

Die §§ 68 und 69 samt Titel erhalten folgende neue Fassung:

Lehrpläne

§ 68. Der Erziehungsrat erlässt für die Volksschule und für jede weiterführende allgemeinbildende Schule den Lehrplan mit der Beschreibung der Lernziele, den obligatorischen und fakultativen Fächern und der Stundentafel.

² Die Lehrpläne richten sich nach den sprachregional harmonisierten Lehrplänen.

³ In der Volksschule enthält der Lehrplan die Bereiche Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften, Musik, Kunst und Gestaltung sowie Bewegung und Gesundheit.

Erfahrungsschulen

§ 69. Eine Schule kann als Erfahrungsschule bezeichnet werden, wenn an ihr im Hinblick auf eine generelle Einführung systematisch neue Konzepte erprobt werden sollen.

² Das zuständige Departement bezeichnet eine Schule im Einvernehmen mit der Schulleitung als Erfahrungsschule. Für die von den Gemeinden geführten Schulen ist zudem das Einverständnis der zuständigen Stelle der Gemeinden notwendig.

³ Der Entscheid muss vom Regierungsrat genehmigt werden, wenn beim Konzept der Erfahrungsschule von Bestimmungen dieses Gesetzes abgewichen werden soll. Der Regierungsrat holt vor seinem Entscheid die Stellungnahme des Erziehungsrats ein.

⁴ Keine Genehmigung des Regierungsrates ist erforderlich, wenn neue Konzepte in den folgenden Bereichen erprobt werden sollen:

- a) Einführung von neuen Kulturtechniken im Kindergarten;
- b) Altersgemischtes Lernen in der Primarstufe;
- c) Erhöhung der Durchlässigkeit in der Sekundarschule.

⁵ Erfahrungsschulen müssen das Erreichen der Bildungs- und Lernziele und den Übertritt an die Anschlusschulen gewährleisten.

⁶ Die Bezeichnung als Erfahrungsschule ist befristet. Die Befristung kann verlängert oder verkürzt werden.

⁷ Das zuständige Departement legt die Ausführungsbestimmungen für eine Erfahrungsschule in Richtlinien fest.

⁸ Die Erfahrungsschulen werden evaluiert.

§ 72 wird aufgehoben.

§§ 73 und 74 samt Titel erhalten folgende neue Fassung:

Unterrichtszeit und Tagesstrukturen in der Volksschule

§ 73. Am Vormittag erfolgt der Unterricht in der Volksschule im Rahmen von Blockzeiten.

² Ergänzend zu den Unterrichtszeiten gewährleistet die Schulleitung in der Volksschule ein bedarfsgerechtes, nach pädagogischen Grundsätzen geführtes Betreuungsangebot (Tagesstrukturen).

³ Bei der Festlegung der Zeitorganisation von Unterricht und Tagesstrukturen werden die Bedürfnisse der Kinder und Familien berücksichtigt.

⁴ Die Betreuungsleistung in den Tagesstrukturen kann von privaten Institutionen erbracht werden.

Verordnungen

§ 74. Der Regierungsrat erlässt auf Antrag des Erziehungsrats die zur Ausführung des Schulgesetzes erforderlichen Verordnungen.

² Er erlässt insbesondere Bestimmungen über

- a) die Aufnahme in die Schulen und die Entlassung aus ihnen
- b) die Lernbeurteilungen und Laufbahnentscheide
- c) das Absenzenwesen und die Dispensationen
- d) die Disziplinar massnahmen
- e) die Lehrpersonen
- f) das Bildungszentrum Gesundheit Basel (§ 52)
- g) die Förderangebote, verstärkten Massnahmen und Fördermassnahmen vor der Einschulung (§§ 63b, 64 und 64a)
- h) die Unterrichtslektionen (§ 67a)
- i) die Klassengrössen (§ 67b)
- j) die Tagesstrukturen (§§ 73 und 75 Abs. 5)
- k) die Abgabe der Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien (§ 75 Abs. 3)
- l) die Schulräte (§ 79a)
- m) die Schulkommissionen (§ 80 ff.)
- n) die Volksschulleitung (§ 87a)
- o) die Schulleitungen (§§ 87c und 88)
- p) die Kooperation zwischen Schule und Erziehungsberechtigten (§§ 91 und 91a)
- q) die Schulkonferenzen (§§ 117 und 118)
- r) die Staatliche Schulsynode (§§ 124 ff.)
- s) der Schulpsychologische Dienst (§ 140 Abs. 3)

Es wird der folgende neue § 74a samt Titel eingefügt:

Schulstandorte und Angebotsprofile

§ 74a. Die Volksschulleitung bzw. die zuständige Stelle der Gemeinden und die Leitung der weiterführenden Schulen legen die Schulstandorte und im Rahmen der Vorgaben deren Angebotsprofile fest.

§ 75 Abs. 3 erhält folgende neue Fassung:

³ Der Regierungsrat regelt die Abgabe der Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien.

In § 75 wird der folgende neue Abs. 5 eingefügt:

⁵ Die Erziehungsberechtigten beteiligen sich entsprechend ihrer finanziellen Leistungskraft an den Kosten für die Tagesstrukturen. Der Regierungsrat legt die Höhe und die Berechnungsmodalitäten der Beiträge fest.

In § 77 werden das Wort „normalen“ und Abs. 3 aufgehoben sowie in Abs. 4 das Wort „Lehrkräften“ durch das Wort „Lehrpersonen“ ersetzt.

In § 79 erhalten die Abs. 5, 6 und 8 folgende neue Fassung:

⁵ Die Amtsdauer beginnt jeweils am 1. April und endet am 31. März.

⁶ Der Erziehungsrat erlässt die Lehrpläne (§ 69) und stellt dem Regierungsrat Antrag auf Erlass der Verordnungen (§ 74).

⁸ Er bestimmt innerhalb der zur Verfügung stehenden Kredite auf Antrag des Erziehungsdepartements die obligatorischen Lehrmittel. Bei der Prüfung neu einzuführender sowie bei der Überprüfung und Ersetzung bestehender Lehrmittel wirken die Lehrpersonen mit.

§ 79 Abs. 9, 10 und 11 werden aufgehoben.

In § 79b Abs. 2 werden die Worte „Schule der Orientierungs- oder der Weiterbildungsschule“ durch das Wort „Sekundarschule“ ersetzt.

§ 87 und § 87a Abs. 2 und 3 werden aufgehoben.

Es wird der folgende neue § 87b samt Titel eingefügt:

Leitung der weiterführenden Schulen

§ 87b. Die Gesamtleitung der weiterführenden Schulen obliegt einer Leitung der weiterführenden Schulen. Diese legt die Ziele der weiterführenden Schulen fest und überwacht die Zielerreichung.

Dadurch wird der bisherige § 87b zu § 87c.

§ 87c Abs. 2 (bisher: § 87b Abs. 2) erhält folgende neue Fassung:

² An den Standorten der Primarstufe gibt es für die zugehörigen Kindergärten und die Primarschule eine gemeinsame Schulleitung.

In § 88 Abs. 2 werden nach dem Wort „Konrektoren“ die Worte „und weiteren von den Rektorinnen und Rektoren bezeichneten Personen“ eingefügt.

§ 88 Abs. 4, 5 und 6 werden aufgehoben.

In § 88 Abs. 7 wird das Wort „sorgen“ durch das Wort „sorgt“ ersetzt.

§ 88 Abs. 8 erhält folgende neue Fassung:

⁸ Das zuständige Departement kann der Rektorin bzw. dem Rektor neben der Leitung der Schule auch die Erteilung von Unterricht übertragen.

Es wird der folgende neue § 88a samt Titel eingefügt:

Rechtsmittel

§ 88a. Entscheide der Lehrpersonenteams und der Schulleitungen können in den vom Kanton geführten Schulen nach den Bestimmungen des Organisationsgesetzes bei der zuständigen Departementsvorsteherin bzw. dem zuständigen Departementsvorsteher angefochten werden, in den von den Gemeinden geführten Schulen bei der zuständigen Stelle der Gemeinden.

² Entscheide der Schulkommissionen, der Volksschulleitung und der Leitung der weiterführenden Schulen können nach den Bestimmungen des Organisationsgesetzes bei der zuständigen Departementsvorsteherin bzw. dem zuständigen Departementsvorsteher angefochten werden.

Im Titel IV. vor § 92 werden nach dem Wort „Volksschulleitung“ die Worte „Leitung der weiterführenden Schulen“ eingefügt.

In § 92 werden die Worte „und die Volksschulleitung“ durch die Worte „die Volksschulleitung und die Leitung der weiterführenden Schulen“ ersetzt.

§ 94 Abs. 4 erhält folgende neue Fassung:

⁴ Massnahmen gemäss §§ 24 und 25 des Personalgesetzes sowie die Beendigung des Arbeitsverhältnisses gemäss §§ 30 Abs. 2, 32 und 33 des Personalgesetzes unterliegen in der Volksschule der Genehmigung durch die Volksschulleitung und in den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der Genehmigung durch die Schulkommission.

Im Titel 4. vor § 97a werden nach dem Wort „Volksschulleitung“ die Worte „und Leitung der weiterführenden Schulen“ und in § 97a nach dem Wort „Volksschulleitung“ die Worte „und der Leitung der weiterführenden Schulen“ eingefügt.

§ 98 Satz 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 98. Anstellungsbehörde für die Rektorinnen und Rektoren ist die Leitung der weiterführenden Schulen.

§ 100 wird aufgehoben.

§ 101 samt Titel erhält folgende neue Fassung:

Pflichtlektionen

§ 101. Die wöchentlichen Pflichtlektionenzahlen der Lehrpersonen betragen je nach Unterrichtsstufe und -art (Fach):

1. Kindergärten 32 Lekt.
2. Primarschulen 28 Lekt.
- 2.1
- 3.
4. Sekundarschule 25 Lekt.
- 4.1. Schule für Brückenangebote 25 Lekt.
5. Gymnasien und Fachmaturitätsschulen . . 21 Lekt.
- 5.1. Musik 21 Lekt.
- 5.2. Bildnerisches Gestalten 21 Lekt.
- 5.3. Bürokommunikation 25 Lekt.
- 5.4. Textilarbeit und Werken 25 Lekt.
- 5.5. Hauswirtschaft 25 Lekt.
- 5.6. Sport 25 Lekt.
- 6.
7. Allgemeine Gewerbeschule Basel, Berufsfachschule Basel, Schule für Gestaltung Basel 25 Lekt.
- 7.1. Berufsmaturitätsschulen 21 Lekt.

² Die Pflichtlektionenzahl von Lehrpersonen, deren Pensen aus Unterricht mit verschiedenen Pflichtlektionenansätzen zusammengesetzt sind, wird so festgesetzt, dass die grösstmögliche Annäherung an den Beschäftigungsgrad 100% entsteht. Dieser darf jedoch nicht überschritten werden.

³ Eine Pflichtlektion entspricht auf allen Schulstufen 45 Minuten.

⁴ Im Schuljahr, das der Vollendung des 55. Altersjahres folgt, ermässigen sich die Pflichtlektionenzahlen sämtlicher Kategorien um je zwei Lektionen bei einem Beschäftigungsgrad von 100%, ab Schuljahr 2000/ 2001 um eine Lektion bei einem Beschäftigungsgrad ab 50%.

In § 101 wird der folgende neue Abs. 2 eingefügt:

² Die Pflichtlektionenzahl der Lehrpersonen der sonderschulischen Spezialangebote richtet sich nach der Stufe, an der unterrichtet wird.

Dadurch werden die Abs. 2-4 zu Abs. 3-5.

In § 112 Abs. 1 wird das Wort „rektoratsübergreifende“ durch das Wort „schulübergreifende“ ersetzt.

§§ 112 Abs. 2, 113 Ziff. 2 sowie §§ 119, 121, 126 und 129 werden aufgehoben.

In § 130 Abs 3 und 131 Ziff. 4 und 5 werden jeweils die Worte „Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen (Sonderschulen)“ durch das Wort „Sonderschulen“ und in § 130 Abs. 3 die Worte „Schule für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen (Sonderschule)“ durch das Wort „Sonderschule“ ersetzt.

§ 140 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 140. Zur Bekämpfung der gesundheitlichen Schäden, denen die Schuljugend ausgesetzt ist, und zur Überwachung der allgemeinen gesundheitlichen Verhältnisse der Schulen wird ein Kinder- und Jugendgesundheitsdienst eingerichtet. Die Leitung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes obliegt der Hauptschulärztin oder dem Hauptschularzt; zu ihrer bzw. seiner Vertretung und Unterstützung können ihr bzw. ihm Ärztinnen und Ärzte als

Schulärztinnen und Schulärzte beigegeben werden. Die Tätigkeit der Hauptschulärztin oder des Hauptschularztes und der Schulärztinnen und Schulärzte soll in enger Verbindung mit den Lehrpersonen ausgeübt werden.

In § 140 Abs. 3 werden die Worte „Eine Ordnung“ durch die Worte „Der Regierungsrat“ ersetzt.

§ 140 Abs. 4 erhält folgende neue Fassung:

⁴ Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Vornahme der Eintrittsuntersuchung der Schülerinnen und Schüler im ersten Schuljahr;
- b) die Untersuchung und Beratung von Kindern, die in ihrer Gesundheit gefährdet sind;
- c) medizinische Abklärung und Untersuchung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf;
- d) die Überprüfung der Dispensationsgesuche und der Gesuche um vorzeitige Entlassung aus Gesundheitsrücksichten;
- e) die Begutachtung von besondern Fällen (z.B. Aufnahme in Behandlungseinrichtungen, Überweisung an die Vormundschaftsbehörde);
- f) die Mitwirkung bei der Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten unter den Kindern.

In § 140 Abs. 5 wird das Wort „Ordnungen“ durch das Wort „Verordnungen“ ersetzt.

§ 145 samt Titel erhält folgende neue Fassung:

Weitere Dienste

§ 145. Der Kanton führt weitere Dienste, welche die Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung unterstützen.

Es wird der folgende neue § 145a samt Titel eingefügt:

Anmeldung zu Abklärungen, Beratungen und Behandlungen

§ 145a. Die Erziehungsberechtigten können ihre Kinder bei den Diensten direkt, die Lehrpersonen die Schülerinnen und Schüler nur im Einverständnis mit den Erziehungsberechtigten anmelden.

² In der Volksschule können nach Anhörung der Erziehungsberechtigten die Schulleitung oder die Volksschulleitung bzw. die zuständige Stelle der Gemeinden Abklärungen, Beratungen und Behandlungen bei den Diensten anordnen.

§§ 147a und 147b samt Titel erhalten folgende neue Fassung:

Haftpflichtversicherung

§ 147a. Das Personal der staatlichen Schulen und Einrichtungen wird zu Lasten des Staates gegen Haftpflicht versichert.

Schulunfallversicherung

§ 147b. Die Schülerinnen und Schüler, die vom Staat oder im Auftrag des Staates in Schulen oder Einrichtungen geschult werden, werden versichert gegen Invalidität oder Tod infolge eines Unfalls im Rahmen des Schulbetriebes oder auf dem Schulweg.

² Es wird eine Kapitalleistung versichert.

II. Übergangsbestimmungen

Ordnungen des Erziehungsrats

Die vom Erziehungsrat erlassenen Ordnungen bleiben wirksam bis zum Wirksamwerden der vom Regierungsrat erlassenen Verordnungen.

Laufende Verfahren

Laufende Verfahren gemäss § 87 Schulgesetz werden nach bisherigem Recht abgeschlossen.

Übergang der Schullaufbahn

Der Regierungsrat legt fest, wie der Übergang von der bisherigen Schullaufbahn der Schülerinnen und Schüler zur neuen Schullaufbahn erfolgt.

Entlohnung der unbefristet angestellten Lehrpersonen

Der Regierungsrat legt fest, wie die unbefristet angestellten Lehrpersonen entlohnt werden, die aufgrund der grundlegenden Strukturänderung des Bildungssystems (Aufhebung der Orientierungs- und Weiterbildungsschule) in einer Schulstufe mit tiefer eingereichten Stellen unterrichten.

III. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Synoptische Darstellung der vorgeschlagenen Änderung des Beschlussentwurfs zur Änderung des Schulgesetzes betr. die gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen (Bildungsraum Nordwestschweiz)

Bisheriger Beschlussentwurf	Vorgeschlagene Änderung des Beschlussentwurfs
<p>Übergangsbestimmungen</p> <p><i>Ordnungen des Erziehungsrats</i> Die vom Erziehungsrat erlassenen Ordnungen bleiben wirksam bis zum Wirksamwerden der vom Regierungsrat erlassenen Verordnungen.</p> <p><i>Laufende Verfahren</i> Laufende Verfahren gemäss § 87 Schulgesetz werden nach bisherigem Recht abgeschlossen.</p> <p><i>Übergang der Schullaufbahn</i> Der Regierungsrat legt fest, wie der Übergang von der bisherigen Schullaufbahn der Schülerinnen und Schülern zur neuen Schullaufbahn erfolgt.</p>	<p>Übergangsbestimmungen</p> <p><i>Ordnungen des Erziehungsrats</i> Die vom Erziehungsrat erlassenen Ordnungen bleiben wirksam bis zum Wirksamwerden der vom Regierungsrat erlassenen Verordnungen.</p> <p><i>Laufende Verfahren</i> Laufende Verfahren gemäss § 87 Schulgesetz werden nach bisherigem Recht abgeschlossen.</p> <p><i>Übergang der Schullaufbahn</i> Der Regierungsrat legt fest, wie der Übergang von der bisherigen Schullaufbahn der Schülerinnen und Schülern zur neuen Schullaufbahn erfolgt.</p> <p><i>Entlohnung der unbefristet angestellten Lehrpersonen</i> Der Regierungsrat legt fest, wie die unbefristet angestellten Lehrpersonen entlohnt werden, die aufgrund der grundlegenden Strukturänderung des Bildungssystems (Aufhebung der Orientierungs- und Weiterbildungsschule) in einer Schulstufe mit tiefer eingereichten Stellen unterrichten.</p>